



# Der supernackte Staat

**SCHULDEN.** Jahrzehntlang verteilte die Politik Steuergeschenke und baute den Sozialstaat üppig aus. Unfähig zu Reformen, geht diese Regierung tapfer den Weg des griechischen Untergangs.

TEXT: KLAUS SCHOBESBERGER

**M**aria Fekter (VP) ist die erste Frau an der Spitze des Finanzministeriums in Österreich. Charmeoffensiven sind nicht gerade ihre Stärken, aber ein gewisser Witz ist ihr nicht abzusprechen: „Den Sozen in allen Parteien sei gesagt: Mehr Zinsen zu zahlen, ist unsozial“, sagte sie erst kürzlich. Damit kommt sie schon sehr nahe an Margaret Thatcher, die einst meinte: „Das Problem mit dem Sozialismus ist, dass einem irgendwann das Geld der anderen Leute ausgeht.“ An diesem Punkt sind wir jetzt angekommen. Auch, wenn das einige Genossen und Parteigänger noch nicht wahrhaben wollen: Der Schuldenstaat ist am Ende. Mit einer Quote von 72,4 Prozent und einer Staatsgesamtsverschuldung von 217 Milliarden

den Euro wird der Spielraum eng. Doch das sind ja nur die offiziellen Zahlen: Rechnet man ÖBB- und ASFINAG-Verbindlichkeiten sowie die Haftungen für die notverstaatlichte Hypo Alpe Adria hinzu, liegt die Staatschuld bereits jenseits der 100 Prozent des BIP. Hinzu kommen noch die

## Gesparrt wird später

Den bisherigen Finanziers der Staaten, hauptsächlich Banken und Versicherungen aus Europa und aller Welt, gefällt diese Entwicklung weniger. Staatsanleihen, bis vor kurzer Zeit noch ein sicherer Hafen für Anleger, geraten mehr und mehr unter Druck.

verlieren, muss sie jährlich drei Milliarden Euro mehr an Zinsen zahlen. Das würde den Staatshaushalt schwer belasten und das Ziel, Österreichs Neuverschuldung bis 2013 unter die von der EU vorgegebenen drei Prozent sinken zu lassen, in weite Ferne rücken. Kurz: Trotz starker Aussagen tut Fekter das, was ihre 18 Vorgänger in der Zweiten Republik auch gemacht haben: Auf Pump leben. Für das erste Budget (2012) der Bundesministerin heißt das: Ausgaben von 73,6 Milliarden Euro stehen Einnahmen von 64,4 Milliarden Euro gegenüber. Das ergibt ein Defizit von 9,2 Milliarden. „Wenn das in einem Unternehmen ohne gegenzusteuern passiert, dann würde das die sofortige Anmeldung der Insolvenz auslösen“, kommentiert Immobilien-Chef Eduard Zehentner.

## „Schröders Schuldenpolitik war der eigentliche Sündenfall in der EU.“

LUDWIG SCHARINGER, GENERALDIREKTOR RLB ÖÖ

Auslagerungstricks von Ländern und Gemeinden und die Verweigerung der Politik, notwendige Reformen bei Verwaltung, Gesundheit und Infrastruktur umzusetzen. Die Angst, der Bürger könnte sie bei den nächsten Wahlen abstrafen, ist einfach zu groß.

Selbst Deutschland konnte vor Kurzem nur noch zwei Drittel seiner Anleihen verkaufen, ein Problem, das eigentlich bisher nur die Südländer hatten. Bereits jetzt zahlt Österreich die zweithöchsten Zinsen aller AAA-Länder in der EU. Sollte die Alpenrepublik wirklich ihre Topbonität

FOTOS: PARLAMENTSDIREKTION, RUBRA, ONB/PICTUREDESK, STEFFEN KUGLER

## Entwicklung der Staatsschulden in Milliarden Euro



## Finanzminister (Auswahl) und Staatsschuldenquoten



**Josef Klaus, ÖVP**  
(1961-1963)



**Stephan Koren, ÖVP**  
(1968-1970)

**Bilanz 1970**  
 Staatsschulden in Relation zum BIP (Schuldenquote): **12,5 %**. Veränderung gegenüber 1960: **- 1,2 %**.



**Hannes Androsch, SPÖ**  
(1970-1981)

Bilanz nach Maastricht-Kriterien

## Besorgniserregende Dynamik

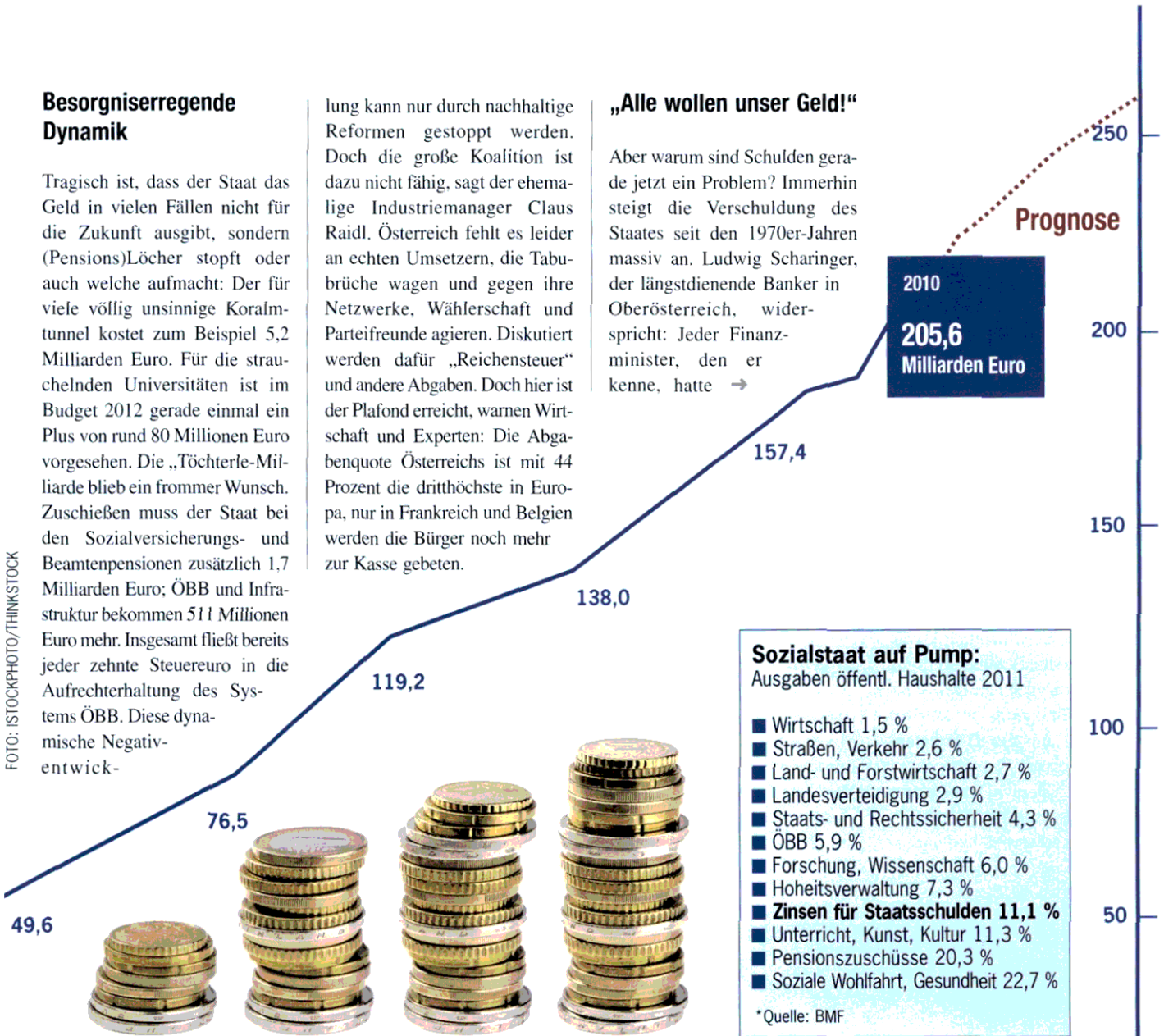
Tragisch ist, dass der Staat das Geld in vielen Fällen nicht für die Zukunft ausgibt, sondern (Pensions)Löcher stopft oder auch welche aufmacht: Der für viele völlig unsinnige Koralm-tunnel kostet zum Beispiel 5,2 Milliarden Euro. Für die strau-chelnden Universitäten ist im Budget 2012 gerade einmal ein Plus von rund 80 Millionen Euro vorgesehen. Die „Töchterle-Mil-liarde“ blieb ein frommer Wunsch. Zuschießen muss der Staat bei den Sozialversicherungs- und Beamtenpensionen zusätzlich 1,7 Milliarden Euro; ÖBB und Infra-struktur bekommen 511 Millionen Euro mehr. Insgesamt fließt bereits jeder zehnte Steuereuro in die Aufrechterhaltung des Sys-tems ÖBB. Diese dyna-mische Negativ-entwick-

FOTO: ISTOCKPHOTO/THINKSTOCK

lung kann nur durch nachhaltige Reformen gestoppt werden. Doch die große Koalition ist dazu nicht fähig, sagt der ehema-lige Industriemanager Claus Raidl. Österreich fehlt es leider an echten Umsetzern, die Tabu-brüche wagen und gegen ihre Netzwerke, Wählerschaft und Parteifreunde agieren. Diskutiert werden dafür „Reichensteuer“ und andere Abgaben. Doch hier ist der Plafond erreicht, warnen Wirt-schaft und Experten: Die Abga-benquote Österreichs ist mit 44 Prozent die dritthöchste in Euro-pa, nur in Frankreich und Belgien werden die Bürger noch mehr zur Kasse gebeten.

## „Alle wollen unser Geld!“

Aber warum sind Schulden gera-de jetzt ein Problem? Immerhin steigt die Verschuldung des Staates seit den 1970er-Jahren massiv an. Ludwig Scharinger, der längstdienende Banker in Oberösterreich, wider-spricht: Jeder Finanz-minister, den er kenne, hatte →

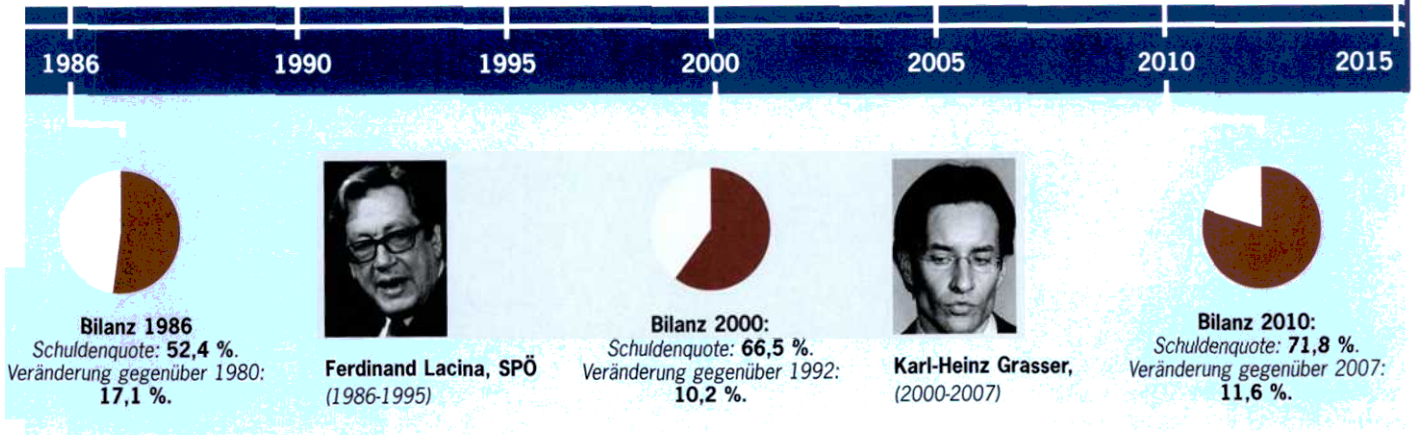


### Sozialstaat auf Pump: Ausgaben öffentl. Haushalte 2011

- Wirtschaft 1,5 %
- Straßen, Verkehr 2,6 %
- Land- und Forstwirtschaft 2,7 %
- Landesverteidigung 2,9 %
- Staats- und Rechtssicherheit 4,3 %
- ÖBB 5,9 %
- Forschung, Wissenschaft 6,0 %
- Hoheitsverwaltung 7,3 %
- Zinsen für Staatsschulden 11,1 %
- Unterricht, Kunst, Kultur 11,3 %
- Pensionszuschüsse 20,3 %
- Soziale Wohlfahrt, Gesundheit 22,7 %

\*Quelle: BMF

\*Quelle: OeBFA, Statistik Austria, BMF-Prognosen und Staatsschuldenausschuss





**IN GUTER GESELLSCHAFT: SCHULDENQUOTEN IM EU-RAUM 2010**

■ Griechenland	142,8%	■ Ungarn	80,2%	■ Polen	55,0%	■ Slowenien	38,0%
■ Italien	119,0%	■ Großbritannien	80,0%	■ Finnland	48,4%	■ Rumänien	30,8%
■ Belgien	96,8%	■ <b>Österreich</b>	<b>71,8%</b>	■ Lettland	44,7%	■ Litauen	38,2%
■ Irland	96,2%	■ Malta	68,0%	■ Dänemark	43,6%	■ Luxemburg	18,4%
■ Portugal	93,0%	■ Niederlande	62,7%	■ Slowakei	41,0%	■ Bulgarien	16,2%
■ Deutschland	83,2%	■ Zypern	60,8%	■ Schweden	39,8%	■ Estland	6,6%
■ Frankreich	81,7%	■ Spanien	60,1%	■ Tschechien	38,5%		

Quelle: Eurostart

mit großen Budgetproblemen zu kämpfen. „Die eigentliche Misere begann aber mit dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der mit Deutschland als erster die Maastricht-Kriterien nicht eingehalten hat. Danach folgten Frankreich und andere Staaten. Schröders Schuldenpolitik war der eigentliche Sündenfall in der EU“, sagt Scharinger. Jetzt werden Eurobonds als Lösung gehandelt, um das Risiko einiger Staaten auf ganz Europa zu schultern. Doch Deutschland wehrt sich, die Gelddruckmaschine anzuwerfen und innerhalb einer neuen Transferunion

für die Schulden anderer Länder in der Eurozone geradestehen zu müssen. „Briten, Amerikaner und die ganze EU: Alle wollen unser Geld!“, titelte die deutsche „Bild“. Mit den Eurobonds sollen alle für alle haften. „Doch am Ende zahlt nur einer die Zeche: Deutschland.“

**In guter Gesellschaft**

Auch Österreich wäre betroffen: Mit drei Milliarden würden die Eurobonds das Budget belasten. Die Alpenrepublik ist also in guter Gesellschaft: In den Jahren 2009 und 2010 hat die Finanzkrise zu einem deutlichen

Anstieg der Staatsverschuldung geführt, wie es sie seit 1945 noch nie gegeben hat. Die Maastricht-Vorgaben sind nur noch Makulatur. Wenn die Euroländer nicht frische Darlehen gegeben hätte, wären bereits drei Staaten in der Pleite: Griechenland, Irland und Portugal. Italien, Spanien und Frankreich sind Risikokandidaten. „Längerfristig denkt man daran, die Finanzierung des Staatshaushalts den Finanzmärkten überhaupt zu entziehen“, sagt der ehemalige Exekutivdirektor der Weltbank, der Österreicher Kurt Bayer, der ausdrücklich für Eurobonds

eintritt. Die Märkte haben massiv irrational agiert „und sind damit für die Staatsfinanzierung, die ja eine wirklich wichtige Aufgabe ist, nicht wirklich optimal geeignet.“ Der Konstruktionsfehler des Euro gehört repariert und es braucht eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in Europa, die Wachstumschancen aufzeigt. Denn mit den Sparprogrammen allein werde die Konjunktur zusätzlich geschwächt. Doch Kritiker halten dagegen: Mit der raschen Einführung der Eurobonds wäre der Reformdruck mit einem Schlag weg. Und die Schuldenspirale dreht sich munter weiter. ■



**Das Milliarden-desaster**

- **Staatliche Verschuldung**  
216.541.700.429  
am 5. Dezember 2011,  
12.00 Uhr
- **Staatsschulden je Bürger 2010**  
24.461
- **Staatsschulden je Bürger 2015**  
30.104
- **Neuverschuldung je Bürger 2010**  
1.726

Muss große Herausforderungen stemmen: Maria Fekter, Finanzministerin.

FOTOS: BMF/SCHNEIDER, ISTOCKPHOTO/THINKSTOCK